

"Benelux und deutsches Problem" in Luxemburger Wort (26. Februar 1948)

Legende: Anlässlich der Dreimächtekonferenz in London, auf der vom 23. Februar bis 6 März 1948 Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten teilnahmen, befasst sich die luxemburgische Tageszeitung Luxemburger Wort mit der Haltung, die die drei Benelux-Länder gegenüber dem Problem des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands einnehmen.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 26.02.1948, n° 57; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Benelux und deutsches Problem", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/benelux_und_deutsches_problem_in_luxemburger_wort_26_februar_1948-de-4a44073a-134a-4e7d-966d-e9315fd65ddc.html

Publication date: 02/07/2015

Benelux und deutsches Problem

Die Haltung der Benelux-Länder – Belgien, Holland und Luxemburg – gegenüber dem deutschen Problem ist im Lauf der beiden letzten Jahre verschiedentlich von den Regierungen der drei Länder definiert worden. Trotzdem dürfte es nicht unnützlich sein, im Augenblick, wo sie sich anschicken, der Dreimächtekonferenz in London ihren Standpunkt erneut vorzutragen, an die Hauptpunkte der gemeinsamen Erklärung zu erinnern, die sie am Vorabend einer andern Londoner Konferenz, jener vom November 1947, gleichzeitig in Brüssel, den Haag und Luxemburg veröffentlichten.

Dieser gemeinsamen Erklärung zufolge – die wir, wie erinnerlich, damals im nahezu gesamten Wortlaut veröffentlichten – betrachten die drei Benelux-Länder die wirtschaftliche Einheit Deutschlands als unumgängliche Vorbedingung für dessen Rückkehr zu normalen Lebensverhältnissen. Andererseits fordern Belgien, Holland und Luxemburg aber auch, daß die erforderlichen Kontrollmaßnahmen getroffen werden zur Verhütung eines Wiedererstehens der deutschen Gefahr. Aus diesen Erwägungen heraus formulieren die Benelux-Länder gemeinsam folgende Empfehlungen:

- 1.) Die allmähliche Wiederherstellung der Autonomie und der politischen Verantwortlichkeit in Deutschland im Rahmen einer Bundesverfassung.
- 2.) Die Kontrolle der deutschen Wirtschaft, um die Entmilitarisierung Deutschlands gemäß dem Plan des früheren amerikanischen Außenministers James F. Byrnes zu sichern.
- 3.) Eine besondere internationale Kontrolle des Ruhrgebiets, die die Entwicklung dieses Industriezentrums mit der des übrigen Europas in Einklang bringen soll. Die Regierungen der Benelux-Länder beanspruchen alle drei das Recht der Teilnahme an dieser Kontrolle.
- 4.) Für den Fall, daß die gegenwärtig bestehenden alliierten Militärregierungen in Deutschland und die militärische Besetzung ganz Deutschlands abgeschafft werden sollten, fordern die Benelux-Staaten die Aufrechterhaltung einer militärischen Besetzung bestimmter Gebiete, um eine wirksame Kontrolle des Landes zu gewährleisten. Es ist dabei an eine Besetzung der Häfen, Flugplätze, Verkehrszentren und anderer wichtiger Gebiete gedacht worden.

Des weiteren unterstrichen die Regierungen Belgiens, Hollands und Luxemburgs in ihrem damaligen Memorandum, daß es unzulässig wäre, der deutschen Wirtschaft Hilfszuwendungen zukommen zu lassen, die ihr einen Vorsprung auf die Wirtschaft der alliierten Nationen sichern würden.

Der dramatische Verlauf der damaligen Außenministerkonferenz in London, an die das Memorandum der Benelux-Länder gerichtet war, hat es damals nicht zu einer Diskussion desselben kommen lassen. Diesmal hat es die Entwicklung der internationalen Politik mit sich gebracht, daß die Benelux-Stellung viel fester ist. Die Londoner Dreimächtekonferenz wird also nicht an einer eingehenden Würdigung der Haltung Belgiens, Hollands und Luxemburgs gegenüber dem deutschen Problem vorbeikommen.